

Reinhold Nimptsch

DIE HEIMATVERTRIEBENEN UND DIE ÜBRIGEN SOZIAL SCHWACHEN VOLKSGRUPPEN*)

I. Problemstellung

Die Flüchtlingsfrage in die umfassende soziale Problematik des westdeutschen Aufnahmelandes hineinzustellen, ist von außerordentlicher sozial-, wirtschafts-, finanz- und allgemeinpolitischer Bedeutung.

Man ist sich heute darüber einig, daß die Flüchtlingsfrage vor allem eine Frage der Eingliederung der Heimatvertriebenen in das Wirtschaftsleben ist; damit geht sie aber notwendig ein in das größere und umfassendere Problem der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Anders ausgedrückt: die Beschäftigung der Flüchtlinge ist ein Problem der Aufnahmefähigkeit und Entwicklung des westdeutschen Arbeitsmarktes. Und sozial gesehen ist das Arbeitslosenschicksal der Flüchtlinge wenigstens grundsätzlich das gleiche wie das der Einheimischen.

Ebenso steht es mit der Not der Flüchtlingsjugend; auch hier gibt es das Gesamtproblem der Jugendnot. Nicht anders ist es in bezug auf die nicht mehr arbeitsfähigen, die alten, gebrechlichen, kriegsbeschädigten Flüchtlinge; auch sie gehören einer größeren Gruppe sozial schwacher Menschen an und teilen deren Schicksal.

Bei dem Versuch, das Problem der Heimatvertriebenen aus seiner Isolierung herauszunehmen und es als integrierenden Bestandteil allgemeiner sozialer Notstände zu begreifen, muß man sich natürlich sehr davor hüten, das Besondere, das Einzigartige des Flüchtlingsschicksals zu verwischen. Die Gefahr, dies zu tun, läßt sich aber ausschließen, wenn wir uns in jedem Fall darum bemühen, herauszuarbeiten, wie sehr das Problem der Arbeitslosigkeit oder der Jugendnot oder der Kriegshinterbliebenen und -beschädigten durch den Flüchtlingszuzug verschärft und damit die Soziallast, die Westdeutschland zu tragen hat, auf gefährliche Weise potenziert wurde.

Wäre uns nur die Aufgabe gestellt, das soziale Gewissen aller derer wachzurufen, welche das Glück haben, noch helfen zu können, so würde es genügen, Tatsachen und Zahlen zu häufen, ein Kolossalgemälde der Not und des Elends unseres Volkes zu entwerfen, vor allem, um evident zu machen, daß wir mit den Problemen, vor denen wir stehen, *allein* nicht fertig werden können.

Aber es geht hier noch um eine andere und, wie mir scheint, nicht minder wichtige Frage: Was kann und muß geschehen, um die außergewöhnlichen sozialen Notstände unserer Gegenwart zu überwinden? Dabei sollten zwei Probleme im Vordergrund stehen: einmal die wirksame Konzentration der uns zur Verfügung stehenden Mittel auf die zunächst wichtigsten Aufgaben und dann die Ausbildung von Methoden der Sozialhilfe, die das Los der sozial schwachen Elemente nicht nur lindern und erleichtern, sondern das Übel an der Wurzel packen, d. h. zu einer wirklichen Sicherung der Existenz führen. Was wir uns erarbeiten müssen, sind die Grundlinien einer sozialpolitischen Strategie.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, bedarf es natürlich auch einer quantitativen Erfassung aller Notstandsprobleme. Aber wir brauchen sehr viel mehr. Wir müssen ihren Ursachen, ihrer eigenartigen Dynamik, ihren wechselseitigen Verflechtungen nachgehen. Eine statistische Aufreihung der Tatbestände reicht vielleicht für punktuelle, d. h. für Einzelmaßnahmen aus, die im engeren Bereich sehr wertvoll sein mögen. Will man aber einen Generalangriff auf die Volksnot

*) Diesem Aufsatz liegt das Referat des Verfassers auf dem ersten Selbsthilfetag am 22. September 1950 in Frankfurt/Main zugrunde.
Die Redaktion

unter sozialstrategischen Gesichtspunkten vorbereiten, so muß man mit einer wirklichen Analyse beginnen.

II. Die quantitative Analyse

Das erste, was wir uns eingestehen müssen, wenn wir uns daran machen, das Problem der sozial schwachen, d. h. auf gesellschaftliche Hilfe angewiesenen Bevölkerungsschichten zu umreißen, ist die Tatsache, daß wir heute keinerlei Möglichkeiten haben, den Kreis eben dieser Personen exakt abzustecken. Hierzu bedürfte es einer völlig neuen Sozialstatistik, die m. E. gar nicht dringend genug gefordert werden kann.

Sehen wir, was tatsächlich nachgewiesen werden kann. Das ist zunächst die Gesamtzahl der Sozialrentner und der von der Fürsorge betreuten Personen. Um die Jahreswende 1949/50 hatten wir fast 4 Millionen Empfänger von Sozialversicherungsrenten und 3,4 Millionen Parteien, die Kriegsbeschädigten- oder Kriegshinterbliebenen-Renten bezogen. Das sind zusammen 7,4 Millionen. Hinzu kamen 1,2 Million Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge und schließlich 1,5 Million Personen, die von der offenen oder geschlossenen Fürsorge betreut wurden. Das sind insgesamt 10 Millionen Menschen.

Zur gleichen Zeit lagen noch etwa 1 Million Rentenansprüche vor, die bis dahin nicht erledigt werden konnten. Ferner haben wir schätzungsweise 1 Million Soforthilfeempfänger, die allerdings zum großen Teil noch andere Renten erhalten, also in den vorher genannten 10 Millionen schon mitgezählt sind. Um eine Vorstellung davon zu geben, was 10 bis 12 Millionen Rentenansprüche und Fürsorgeleistungen bedeuten, hat man berechnet, daß in der Bundesrepublik heute schon auf fast jeden Arbeitnehmer ein Fürsorgeberechtigter kommt.

Aber sozial schwache Elemente finden wir nicht nur in der großen Gruppe derer, die von der Allgemeinheit voll unterhalten oder wenigstens unterstützt werden. Daneben haben wir die ebenfalls in die Millionen gehende Zahl derer, die erwerbstätig sind, deren Einkommen aber unter dem Existenzminimum liegt. Es sind dies vor allem Handarbeiter; aber auch ein beachtlicher Teil der Angestellten und die untersten Beamtengruppen liegen zumindest hart an der Grenze oder sogar unter der Grenze dessen, was notwendig ist, um die wichtigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Schließlich gelingt es auch vielen Selbständigen nicht, die soziale Existenz aus eigener Kraft sicherzustellen. Wir haben das Problem der kleinen Selbständigen im Handel, im Handwerk und auch in der Landwirtschaft, wir haben das Problem der proletarisierten Akademiker, Künstler usw. Die Größenordnungen, um die es sich handelt, lassen sich schwer abschätzen. Es genügt, wenn wir hier feststellen, daß im ersten Quartal 1950 fast die Hälfte aller beschäftigten Arbeiter und Angestellten ein Bruttoeinkommen von höchstens 250 DM hatte; daß 25 v. H. aller beschäftigten Frauen und auch 8,4 v. H. der in Arbeit stehenden Männer nur 150 bis 200 DM verdienten. Die Zahl der sozial schwachen Arbeitnehmer dürfte heute absolut bei etwa 7 Millionen liegen.

Wenn man nun neben den 10 bis 12 Millionen Fürsorgeempfängern und den vielleicht 7 Millionen Erwerbstätigen, die sozial unter so starkem Druck stehen, daß ihre Existenzsicherung ein Problem ist, an dem Staat und Gesellschaft nicht vorbeigehen können, noch die 9 Millionen Flüchtlinge als eine besondere, sozial schwache Gruppe herausstellen will, so muß man sich darüber klar sein, daß diese als Fürsorgeempfänger oder als Erwerbstätige mit unzureichendem Einkommen in den erstgenannten Gruppen zum großen Teil schon einmal erfaßt sind.

Ähnliche Doppelzählungen haben wir in den genannten Millionenzahlen auch sonst. Wir sagten schon, daß die Empfänger von Soforthilfeunterstützung viel-

fach auch andere Versicherungsansprüche haben. Dann werden z. B. Kriegerwitwen vielleicht doppelt gezahlt, weil sie einen Arbeitslohn beziehen, der unter 150 DM liegt; oder es können Schwerkriegsbeschädigte doppelt gezählt sein, weil sie arbeitslos sind.

Schon diese Überschneidungen machen es außerordentlich schwer, die Gesamtzahl der sozial schwachen Elemente auch nur annähernd exakt zu bestimmen. Aber dies ist nicht der einzige Grund. Hinzu kommt ein anderer, noch gewichtigerer: Wenn wir eine bestimmte Gruppe allgemein als sozial schwach charakterisieren, so können und werden doch in dieser viele einzelne vorhanden sein, deren Existenz gesichert ist. Ein erheblicher Teil der Rentempfänger lebt mit Familienangehörigen in einem Haushalt und ist in diesem Verband vor besonderer Not geschützt. Dies trifft besonders für Altpensionäre und Waisen zu. Dann gibt es eine große Zahl von einzelnen innerhalb dieser Gruppe, die durchaus in der Lage sind, sich im Leben durchzusetzen.

Wie steht es in dieser Beziehung bei den Flüchtlingen? Tatsächlich hat der größte Teil von ihnen in verhältnismäßig kurzer Zeit einen Arbeitsplatz gefunden und stand selbst im Winter dieses Jahres, als die Lage auf dem Arbeitsmarkt durchaus nicht günstig war, in Arbeit.

Ich weiß natürlich, daß viele Flüchtlinge zwar untergekommen, aber nur behelfsmäßig und berufsfremd angesetzt sind, daß viele sozial herabgesunken sind, aber das ist ein anderes Problem. Entscheidend ist, daß die meisten die Möglichkeit fanden, ihre Existenz durch eigene Arbeit zu sichern. Soweit dies aber der Fall ist, kann man sie nur noch bedingt als sozial schwach ansehen.

Ähnlich steht es mit den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Bei weitem nicht alle Opfer des ersten und zweiten Weltkrieges sind in dem Sinne sozial schwach, daß sie zur Unterhaltung ihrer Existenz auf die Hilfe der Allgemeinheit angewiesen wären. Nur wenige Kriegsbeschädigte sind ohne Arbeit. Die Einkommensschichtung bei den Beschädigten dürfte kaum sehr viel anders sein als bei den Nichtbeschädigten. Ein sehr erheblicher, wahrscheinlich der größere Teil, ist deshalb sozial nicht schlechter gestellt als die übrige Bevölkerung. Damit soll das schwere Los der Kriegsoffer nicht bagatellisiert werden, nicht die zusätzliche Erschwerung ihres Lebenskampfes, nicht der Verlust an Lebensfreude usw. Nur klargestellt werden soll, daß es praktisch unmöglich ist, quantitativ abzugrenzen, wie hoch die Zahl der Kriegsoffer ist, die ohne Hilfe der Allgemeinheit unter die Grenze des Existenzminimums herabsinken würde, die nicht in der Lage ist, ihre soziale Position selbst zu verteidigen und sicherzustellen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Millionenzahlen, die immer genannt werden, wenn man von der Sozialnot spricht, die uns bedrängt, mit großer Vorsicht aufgenommen werden müssen. Vor allem können die Zahlen nicht unbesehen zusammenaddiert werden. Um zu einer vernünftigen quantitativen Größenvorstellung über den Kreis der wirklich sozial schwachen Elemente zu kommen, bedarf es noch einer sehr sorgfältigen und fleißigen sozialstatistischen Arbeit.

Was uns die heute vorliegenden Zahlen aber doch geben, ist ein ausreichender Beweis dafür, daß ein erschreckend großer Teil des Volkes durch verschiedene Ursachen in Elendsverhältnisse abgesunken ist, die auf die Dauer untragbar sind.

III. Die qualitative Analyse

Über die quantitative Analyse hinaus müssen wir zu einer qualitativen kommen. Wir müssen uns mit den Ursachen der außergewöhnlichen sozialen Not unserer Gegenwart auseinandersetzen.

Vielleicht gelingt es, das Außergewöhnliche unserer Situation zu erfassen, wenn wir von einem Zustand ausgehen, der heute als der normale angesehen wird, von der Zeit vor dem ersten Weltkrieg nämlich.

Dabei stoßen wir auf die unerbittliche Tatsache, daß die soziale Bedrängnis breiter Bevölkerungsschichten schon damals ein permanentes Problem war, und dies trotz der Entfaltung der produktiven Kräfte, der Demokratisierung des Reichtums und Hebung des Lebensstandards.

Es geht um das Sozialproblem in seinem ursprünglichen, also engerem Sinne, das ein Altmeister der Sozialpolitik wie Leopold von Wiese als Problem der gesellschaftlichen Klassenordnung definiert hat. Diese Definition kann uns heute nicht mehr befriedigen. Einer der wichtigsten Gründe ist der, daß wir das Sozialproblem nicht mehr statisch, sondern dynamisch sehen, und die gesellschaftliche Klassenordnung nur als eine Komponente in dieser Problematik. Mehr noch: Wir haben die Lösung des Sozialproblems als eine wirtschaftspolitische Aufgabe erkannt. Anders ausgedrückt: Wirtschafts- und Sozialpolitik stellen sich uns als die zwei Seiten einer unteilbaren Aufgabe dar.

Wir sehen den Weg, der vielleicht weiterführt, aber haben kaum die ersten Schritte auf diesem zurückgelegt. Darum sind die sozialen Notstände unserer Gegenwart primär auf den gleichen Ursachenkomplex zurückzuführen wie seit 100 Jahren: statisch gesehen auf die Wirtschafts- und Sozialordnung, dynamisch auf das Unvermögen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, das gesamtwirtschaftliche System im Gleichgewicht zu halten, einen kontinuierlichen Ablauf des Wirtschaftsprozesses sicherzustellen, Massenarbeitslosigkeit auszuschließen und eine vernünftige Verteilung des Sozialproduktes herbeizuführen. Ich sage bewußt „vernünftige“ und nicht gerechte, weil die Fehlverteilung der von der Gesamtheit erarbeiteten Güter und Dienstleistungen als die vielleicht entscheidende Ursache der Krisen - und damit als unvernünftig - erkannt wurde.

Sekundär wurde die Sozialnot in unserem Volke durch die Katastrophe des verlorenen Krieges mit all ihren Folgen außerordentlich verschärft. Sie ist in einem Maße verschärft worden, daß man versucht ist, das Primat der sozialwirtschaftlichen Verursachung unserer Not zu bestreiten. Wir wollen hier nicht darüber rechten! Es genügt festzustellen, daß die sozial-wirtschaftliche Problematik permanent oder konstitutionell ist, während die Kriegs- und Kriegsfolgeschäden, so gewichtig sie immer sein mögen, doch einmalig und transitorisch in dem Sinne sind, daß sie durch einen, wenn auch schwierigen und langwierigen Anpassungsprozeß auf die Dauer überwunden werden können.

Diese These scheint mir für die sozial-politische Strategie, um die wir uns hier bemühen, entscheidend zu sein. Ich will versuchen, ihre Bedeutung an einem konkreten Beispiel nachzuweisen, und zwar an dem Flüchtlingsproblem, das, wie gesagt, vor allem ein Problem der wirtschaftlichen Eingliederung der Heimatvertriebenen und Zugewanderten ist.

IV. Die Flüchtlingsfrage im Rahmen der allgemeinen Sozialproblematik

Wenn man den Grundlinien meiner Deduktionen folgt, so wird man zweckmäßig zunächst fragen: Wie weit läßt sich die Aufgabe, die Flüchtlinge in Arbeit zu bringen, im Zuge der *allgemeinen* Wirtschafts- und Sozialpolitik lösen, d. h. im Zuge der Stabilisierung oder Hebung des Beschäftigungsniveaus? Wie groß ist die Chance, daß die Flüchtlinge von einer allmählich wiedergesundenen Wirtschaft selbsttätig absorbiert werden? Soweit dies nicht der Fall ist, bedarf es besonderer Maßnahmen, die ihre Eingliederung systematisch fördern.

Von den 9 Millionen Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik aufgenommen wurden, haben sich schätzungsweise 3,25 bis 3,75 Millionen auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt im Wettbewerb mit der heimischen Arbeitnehmerschaft

angeboten. Andererseits waren um die Jahreswende 1949/50 rund 640.000 Heimatvertriebene und Zugewanderte arbeitslos. Selbst unter Berücksichtigung einer erheblichen sogenannten versteckten Arbeitslosigkeit sind demnach zwei Drittel bis drei Viertel aller Flüchtlinge ohne besonderes Zutun von der Wirtschaft absorbiert worden.

Es ist dies ein Phänomen, das bisher viel zu wenig beachtet wurde. Zweifellos ist es für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung der letzten Jahre, insbesondere aber auch für die Beurteilung des Arbeitsmarktes, von entscheidender Bedeutung.

Sobald man sich seiner bewußt wird, rückt die Flüchtlingsproblematik in ein völlig neues Licht. Wenn diese bis heute in der Regel nur als eine drückende Sorge empfunden wurde, so zeigt sich nun, daß der Flüchtlingszustrom, wenigstens in den ersten Jahren seiner Wirksamkeit, d. h. aber, in der schwierigsten Periode nach dem Zusammenbruch, volkswirtschaftlich keineswegs nur eine Belastung darstellte, im Gegenteil, an der Überwindung der größten Not und am ersten Wiederaufbau einen Anteil hätte, der gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Um zu erklären, wie dieses Phänomen zustande kam, muß man von der Tatsache ausgehen, daß das Arbeitspotential der westdeutschen Wirtschaft durch den zweiten verlorenen Weltkrieg bis zu einem sehr gefährlichen Grade reduziert worden ist. Über 5¹/₂ Jahre war dieser Krieg unter rücksichtslosem Menscheneinsatz bis zum Weißbluten geführt worden. Mit dem totalen Debakel gerieten schließlich noch einmal Hunderttausende der besten Männer auf Jahre in die Gefangenschaft.

Ein korrektes Zahlenbild der Menschenverluste des zweiten Weltkrieges liegt auch heute, d. h. fünf Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten, noch nicht vor. Eine Bevölkerungsbilanz, die im Institut für Weltwirtschaft an der Universität in Kiel für die Zeit von 1939 bis 1949 aufgestellt wurde, schätzt den Anteil Westdeutschlands an diesen Verlusten auf 2,3 Mill. (Wehrmachtote, durch Feindeinwirkung ums Leben gekommene Zivilpersonen und noch nicht zurückgekehrte Gefangene). Hinzu kommen vielleicht 800.000 Männer, die infolge von Kriegsschäden arbeitsunfähig oder in ihrer Arbeitsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt wurden. Wenn man so das Arbeitspotential der westdeutschen Wirtschaft Ende 1949 mit dem der Vorkriegszeit vergleicht, so ist auf der Passivseite ein Minusposten von mindestens 2,5 Mill. bis 3 Mill. Arbeitskräften einzusetzen.

Es muß weiter in Betracht gezogen werden, daß die Opfer des Krieges im allgemeinen den leistungsfähigsten Jahrgängen angehörten, so daß ihr Ausfall das Arbeitspotential der Wirtschaft unvergleichlich viel stärker schwächte, als wenn das große Sterben alle Jahrgänge vom Kind bis zum Greis gleichmäßig betroffen hätte.

Es gilt nun zu erkennen, daß die großen, volkswirtschaftlich sehr gefährlichen Lücken in der Versorgung der westdeutschen Wirtschaft mit Arbeitskräften nach dem Kriege durch die einströmenden Flüchtlinge zu einem wesentlichen Teil ausgefüllt wurden, daß hierdurch die Wirtschaft sehr viel schneller und wirkungsvoller in Gang gesetzt und der Wiederaufbau in Angriff genommen werden konnte, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Wenn diese wichtigen Zusammenhänge bisher so wenig beachtet wurden, so dürfte dies vor allem darauf zurückzuführen sein, daß man viel zu engherzig immer nur auf das sogenannte „soziale Gepäck“ starrte, das die Flüchtlinge gewiß auch mitgebracht haben, obgleich, wie nachgewiesen werden kann, der Altersaufbau der Flüchtlinge um einiges günstiger war und ist als die Alters-

pyramide der einheimischen Bevölkerung. Denn, ein nicht erheblicher Teil der Alten und Schwachen unter den Flüchtlingen hat die brutale Austreibung aus der Heimat nicht überstanden, so daß die Jahrgänge über 65 Jahren und auch schon die Jahrgänge zwischen 50 und 65 Jahren bei der Flüchtlingsbevölkerung schwächer besetzt sind als bei der einheimischen.

Altersaufbau der Bevölkerung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet

Altersgruppen	Heimatvertriebene in v. H.	Einheimische in v. H.
unter 14 Jahren	24,9	23,0
14-unter 20 Jahren	10,1	8,9
20-unter 50 Jahren	44,1	42,9
50-unter 65 Jahren	14,0	16,1
65 Jahre und mehr	6,9	9,1
Zusammen	100	100

Soweit man wissenschaftlich an das Problem heranging, sah man immer nur auf die gegenüber der Vorkriegszeit sehr viel ungünstigeren Relationen der Bevölkerungspyramide und vernachlässigte demgegenüber die Tatsache, daß die schweren Ausfälle in der wichtigsten Altersklasse der männlichen Bevölkerung durch die Flüchtlinge wieder absolut ausgefüllt wurden. Tatsächlich hatten wir in der leistungsmäßig wichtigsten Altersklasse von 20 bis 40 Jahren vor dem Kriege, d. h. im Jahre 1939, 5,5 Mill. Männer. Heute sind es bestimmt nicht weniger, sondern annähernd 6 Mill.

Die schnelle Absorption der Flüchtlinge ist dann weiter durch die bis Mitte 1948 herrschende verdrängte Inflation stark gefördert worden. Der besondere soziale Druck, unter dem die Heimatvertriebenen und Zugewanderten standen - häufig hatten sie kaum mehr als die nackte Existenz gerettet -, zwang sie um jeden Preis, d. h. selbst für einen Geldlohn zu arbeiten, der schließlich praktisch nur noch ausreichte, um die völlig unzureichenden Rationen zu kaufen. Auf der anderen Seite mußten sie als Arbeitnehmer natürlich willkommen sein, da sie für mehr oder weniger wertloses Geld bereit und in der Lage waren, Sachwerte zu produzieren, an der Beseitigung der Kriegsschäden und am Wiederaufbau oder Ausbau der Betriebe mitzuhelfen. Besonders willkommen waren sie auch in der Landwirtschaft, wo sie sich vielfach für eine bescheidene Mahlzeit oder einen Kanten Brot mit ihrer ganzen Arbeitskraft zur Verfügung stellten. Besonders auf den Höfen, wo der Bauer noch nicht aus dem Kriege zurückgekommen war oder die Fremdarbeiter abgezogen waren, trugen sie wesentlich dazu bei, daß der Betrieb aufrechterhalten werden konnte.

Es stand zu erwarten, daß sich die Arbeitsmarktsituation nach der Stabilisierung des Geldwertes, d. h. in dem Augenblick, in dem die Arbeitskraft wieder zu einem echten Kostenfaktor wurde, grundlegend wandeln würde. Es wurde eine Massenarbeitslosigkeit von vielen Millionen befürchtet und prognostiziert. Wenn die Pessimisten tatsächlich recht gehabt hätten, so wären sicher auch die Millionen von Flüchtlingen, die bereits absorbiert waren, von der Wirtschaft sozusagen wieder ausgespien worden. Tatsächlich ist dies nicht der Fall gewesen. Gewiß wurde nach der Stabilisierung ein Teil der bereits aufgenommenen Flüchtlinge, besonders solche, die in der Landwirtschaft einen Arbeitsplatz gefunden hatten, wieder freigesetzt. Aber die große Masse blieb in Arbeit. Für diese ist nun, was nicht stark genug unterstrichen werden kann, die Dauerbeschäftigung kein Sonderproblem mehr, sondern hängt ausschließlich davon ab, wie weit es gelingt, den Produktionsstand zu halten und das einmal erreichte Beschäftigungsniveau zu stabilisieren.

V. Die Flüchtlingsfrage als Sonderproblem

Eine andere Frage ist die, ob auch der noch vorhandene nicht unbeträchtliche Teil der unbeschäftigten Flüchtlinge ohne Sondermaßnahmen aufgesogen werden kann. Wahrscheinlich wird dies nicht der Fall sein.

Die Gesamtzahl der nachgewiesenen arbeitslosen Heimatvertriebenen im Bundesgebiet betrug am 1. April 1950 immerhin 618.000. Hinzu kommen schätzungsweise 100.000 Zugewanderte. Das sind zusammen 718.000 arbeitslose Flüchtlinge. Da insgesamt 1.779.000 Arbeitslose vorhanden waren, stellt sich der Anteil der Flüchtlinge auf gut 40 v. H., während die Quote der Flüchtlingsbevölkerung bei ungefähr 19 v. H. liegt. Schon dieses zeigt, daß unter den Flüchtlingen die Arbeitslosigkeit sehr viel verbreiteter ist als unter den Einheimischen. Im Bundesdurchschnitt kommen auf je 100 der Bevölkerung, bei den Einheimischen 2,7, bei den Flüchtlingen 7,9 Arbeitslose. Das ist fast das Dreifache.

Daß die Arbeitslosigkeit bei den Heimatvertriebenen und Zugewanderten sehr viel hannäckiger ist als bei der ortsansässigen Bevölkerung, ist auch daraus ersichtlich, daß es unter ihnen besonders viel Dauerarbeitslose gibt. Von den einheimischen Arbeitslosen waren im April 24,4 v. H. mehr als sechs Monate arbeitslos. Bei den Heimatvertriebenen stellt sich der Vohundertersatz auf 35,3.

Die genannten Zahlen beweisen, daß der Eingliederung der noch arbeitslosen Flüchtlinge spezifische Schwierigkeiten entgegenstehen. Das entscheidende Hemmnis ist die Fehlverteilung der Flüchtlinge im Wirtschaftsraum, zunächst - aber nicht allein - ihre Ballung in den drei Flüchtlingsländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern. Von den am 1. April des Jahres gezählten neun Mill. Heimatvertriebenen und Zugewanderten sitzen etwa 5,4 Mill. in diesen Ländern. Aber das Problem der Fehlverteilung der Flüchtlinge erschöpft sich nicht in der Überbelastung dieses Teiles der Bundesländer und kann deshalb auch nicht durch eine mehr oder minder schematische Umverteilung unter Ländergesichtspunkten gelöst werden. Auch innerhalb der einzelnen Länder sind die Flüchtlinge - vom Standpunkt des Arbeitseinsatzes - zu einem sehr erheblichen Teil falsch verteilt. Sie sitzen auf dem flachen Lande oder in kleinen und kleinsten Orten ohne Beschäftigungsmöglichkeit. Auch und vor allem innerhalb der Länder müssen deshalb die Flüchtlinge aus den Industrie- und gewerbearmen Gegenden heraus und dorthin gebracht werden, wo Arbeitsplätze vorhanden sind, d. h. an die Standorte der Industrie.

Diese Aufgabe wäre verhältnismäßig leicht zu lösen, wenn nicht in allen größeren Städten infolge der Auswirkung des Krieges ein katastrophaler Wohnraummangel herrschen würde. Auch die ortsansässige Bevölkerung in den Städten haust heute noch zum Teil in Notunterkünften. Wer das Glück hatte, daß ihm eine Wohnung blieb, muß diese meist mit Flüchtlingen oder Ausgebombten teilen. Die Wohndichte, gemessen an der Zahl der in einer Wohnung untergebrachten Personen, ist in Westdeutschland seit der Vorkriegszeit um etwa 50 v. H. gestiegen. Unter diesen Umständen ist deshalb die Frage der Umsetzung der Flüchtlinge ein Problem des Wohnungsbaues. Was wir brauchen, ist eine Wohnbaupolitik, die sich diesen Standpunkt unbedingt zu eigen macht.

Die Gewerkschaften haben schon im Herbst 1949 in Schleswig-Holstein in einer großzügigen Selbsthilfeaktion den Bau von 10.000 Flüchtlingswohnungen in die Wege geleitet und mit Erfolg durchgeführt. Entscheidend war der Gesichtspunkt, die dort massierten Flüchtlinge an die Arbeitsstätten heranzuziehen. Daß es bei diesem Großbauvorhaben auch gelang, die Baukosten um etwa ein Drittel zu senken, sei hier nur am Rande erwähnt. Zur Durchführung der Aktion faßten die Gewerkschaften eine Reihe von Selbsthilfeorganisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft der produktiven Flüchtlingshilfe zusammen, u. a. die Gemein-

nützigen Wohnungsgesellschaften, die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften, die Flüchtlingsverbände der Nordmark. Auch die Landesregierung von Schleswig-Holstein war Mitglied der Arbeitsgemeinschaft und setzte sich vorbehaltlos für das Unternehmen ein. Die neue wirtschaftspolitische Konstruktion erwies sich als tragfähig, das Programm konnte reibungslos und termingerecht durchgeführt werden. Es ist sicher, daß Ähnliches auf liberale oder bürokratische Weise nicht hätte erreicht werden können.

Eine weitere, nicht zu unterschätzende Schwierigkeit, die der Eingliederung der restlichen Flüchtlinge in die Wirtschaft entgegensteht, ist das Problem der beruflichen Eignung. Während Facharbeiter heute vielfach gesucht sind und deshalb verhältnismäßig leicht aus den industriearmen Gegenden in die Städte vermittelt werden können, ist dies bei den Angelernten und Hilfsarbeitern nicht der Fall. Aber auch viele Gelernte fanden und finden immer noch keine, ihrer beruflichen Ausbildung und ihrem Können entsprechende Beschäftigung. Gesamtzahlen über den berufs-fremden Einsatz von Flüchtlingen liegen nicht vor. In Bayern waren aber Ende Mai 1950 von insgesamt rund 506.000 beschäftigten Flüchtlingsarbeitern und -angestellten gut 59.000 berufs-fremd tätig. Dabei sind die Flüchtlinge zu einem sehr großen Teil in sogenannten „unbeliebten“ Berufen untergekommen.

Der berufs-fremde Einsatz führt häufig dazu, daß der Flüchtling relativ weniger verdient als in seinem ehemaligen, eigentlichen Beruf; ein sozialer Abstieg ist die Folge. Abhilfe kann in gewissem Umfange durch Umschulung geschaffen werden. Insbesondere für die Flüchtlingsjugend ist Schulung und Ausbildung ein überaus wichtiges Problem. Wir wissen, daß das Jugendproblem in Westdeutschland einen bedrohlichen Charakter angenommen hat. Die Unterbringung der Jugend in Lehrstellen stößt auf außerordentliche Schwierigkeiten. Die Jugendarbeitslosigkeit ist erschreckend groß. Die in den nächsten Jahren schulentlassenen Jahrgänge sind überdurchschnittlich stark besetzt. Im Rahmen des allgemeinen Jugendproblems ist die Flüchtlingsjugend besonders ungünstig gestellt, weil sie mit ihren Familien vielfach in Industrie- und gewerbearmen Gegenden sitzt, wo keine Ausbildungsmöglichkeiten vorhanden sind. Hier ist eine Aufgabe zu lösen, die den Selbsthilfeverbänden besonders nahegelegt werden sollte. Es müssen für die Flüchtlingsjugend Heime und Lehrwerkstätten in einem geschaffen werden.

Ein sehr ernstes Problem ist dann auch das der ehemals Selbständigen unter den Flüchtlingen. Bezeichnend sind die folgenden Zahlen, die der Bundesminister für Vertriebene im Februar des Jahres bekanntgab: Von den Heimatvertriebenen übten früher 16 v. H. einen selbständigen Beruf aus, heute nur noch 3 v. H. Als mithelfende Angehörige von Selbständigen waren vor der Ausweisung 21 v. H. tätig, nach der Ausweisung 1 v. H. Ein großer Teil der Selbständigen und auch der ehemals mithelfenden Familienangehörigen ist jetzt in abhängiger Stellung tätig. Entsprechend sind heute 76 v. H. aller Heimatvertriebenen Arbeiter, vor der Ausweisung 49 v. H.

Die größten Schwierigkeiten bereitet der Zuzug von Selbständigen aus der Land- und Forstwirtschaft. Der Wiederverselbständigung von 250.000 Flüchtlingsbauern sind enge Grenzen gezogen, da in Westdeutschland relativ nur wenig Land durch Bodenreform oder durch Ödlandkultivierung gewonnen werden kann. Auch die Zahl der sogenannten auslaufenden Höfe, die man den Flüchtlingsbauern zuweisen will, ist im Verhältnis zur Nachfrage gering.

Auch in der Gruppe der Handels- und Verkehrsberufe ist für die Gründung selbständiger Flüchtlingsexistenzen wenig Raum, da diese Sparten übersetzt sind. Dabei sind immerhin gut 120.000 Händler und Verkehrstreibende zugewan-

dert. Relativ am günstigsten sind die Aussichten für eine Wiederverselbständigung in Industrie und Handwerk, sofern das notwendige Kapital beschafft werden kann.

Aus dem Absinken der ehemals selbständigen Existenzen können sich sehr ernste soziale und damit auch politische Spannungen ergeben. Auch dieses Problem kann durch tätige Selbsthilfe, wenn auch nicht vollkommen gelöst, so doch einer Lösung näher gebracht werden.

VI. Zusammenfassung

Fassen wir zusammen: Unsere Ausgangsposition war die für eine noch zu erarbeitende sozial-politische Strategie wichtige, wenn nicht fundamentale These, daß die in Westdeutschland heute vorhandenen schweren sozialen Notstände primär auf die konstitutionelle Schwäche unserer Wirtschafts- und Sozialordnung zurückzuführen sind, sekundär aber durch die Kriegs- und Kriegsfolgeschäden außerordentlich verschärft wurden. An dem Beispiel der Flüchtlinge wurde dargestellt, wie diese These zu verstehen ist.

Es wurde gezeigt, wie die Eingliederung der Heimatvertriebenen in die westdeutsche Wirtschaft durch die inflationistische Situation der ersten Nachkriegsjahre und durch die Tatsache begünstigt wurde, daß die Menschenopfer, die der Krieg gefordert hatte, ausgeglichen werden mußten. Der größte Teil der Heimatvertriebenen wurde ohne besonderes Zutun von der Wirtschaft aufgesogen. Aber es blieb ein sehr beachtlicher Restbestand, der nicht ohne weiteres absorbiert werden wird. Hieraus ergeben sich sozial-strategisch die folgenden Konsequenzen:

1. Die Beschäftigung des bereits untergekommenen größeren Teils der Flüchtlinge kann nur durch eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik sichergestellt werden.
2. Die zusätzliche Unterbringung der übrigen arbeitslosen Flüchtlinge — es handelt sich um vielleicht eine Million - ist vor allem eine Frage der Umverteilung der Flüchtlinge im Wirtschaftsraum, mit dem Ziel, sie aus den agrarischen Bezirken herauszunehmen und an die Stätten der industriellen Aktivität zu bringen. Dies aber hängt vor allem von der Neuorientierung der Wohnbaupolitik ab.
3. Es muß aber für die Umschulung der Flüchtlinge gesorgt werden, die in ihren ehemaligen Berufen nicht mehr unterkommen können.
4. Die Selbsthilfeverbände müssen sich insbesondere der Flüchtlingsjugend annehmen, die ebenfalls fehlverteilt ist. Für sie müssen industrienähe Heime errichtet werden, die an Lehrwerkstätten angeschlossen sind.
5. Schließlich kann auch an das Problem der ehemals Selbständigen unter den Flüchtlingen nicht vorbeigegangen werden. Alles was die Heimatvertriebenen und Zugewanderten an Kenntnissen, Erfahrungen, an Initiative und Begabung mitbrachten, muß weitgehend mobilisiert werden. Ein soziales Absinken der Heimatvertriebenen bedeutet eine schwere politische Gefahr.

Wir sind überzeugt, daß die Aufgaben der Flüchtlingspolitik, die wir hier nur ganz allgemein skizzieren konnten, sich weder liberal noch rein bürokratisch lösen lassen. Nur wenn die Selbsthilfe im Großen eingesetzt wird, werden wir weiterkommen. In Schleswig-Holstein haben die Gewerkschaften gezeigt, wie dies gemeint ist. Sie sind an diese Aufgabe ohne jede politische Voreingenommenheit und Absicht, mit kühlem Verstand, aber heißem Herzen herangegangen. Eine der Haupttugenden des deutschen Arbeiters ist sein tiefverwurzeltes Solidaritätsgefühl. Deshalb bejahen die Gewerkschaften die Idee der Selbsthilfebewegung, die Idee der Solidarität der sozial Schwachen.